Nr. 160 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Mittwoch, den 6. September 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.
Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Dworcowa 11

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,20 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Dworcowa 11, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstrasse 6, sowie durch die Kolporteure.
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

An die Arbeiter der Welt!

Kundgebung der Sozialistischen Internationale.

Die Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris hat folgende Kundgebung beschlossen:

Der Zusammenbruch des Kapitalismus.

Die Weltkrise des Kapitalismus, eine Krise von unerhörter Ausdehnung und Schwere, zeigt, dass der Kapitalismus die produktiven Kräfte, die er selbst entwickelt hat, nicht mehr zu nutzen, die Reichtümer, die Arbeiter unter seinem Kommando schaffen, nicht mehr zu verwerten vermag.

Zum Hindernis des nackten Lebens der Volksmassen geworden, stellt der Kapitalismus selbst seine Überwindung, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, auf die Tagesordnung der Weltgeschichte.

Schon jetzt hat die Weltkrise die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft wesentlich verändert. Die liberal-individualistische Entwicklungsphase des Kapitalismus ist zu Ende. Unter dem Druck der Krise entwickelt sich in beschleunigtem Tempo ein kontrollierter, organisierter, monopolistischer Kapitalismus. Anderseits ist ebenfalls durch die Weltwirtschaftskrise die Demokratie in den Ländern, in denen sie nicht schon vor dem Krieg starke Wurzeln geschlagen hatte, schwer erschüttert worden. In Deutschland haben Grosskapital und Grossgrundbesitz die Verzweiflung der verelendeten Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft benutzt, um die Arbeiterklasse niederzuwerfen und das ganze deutsche Volk einem terroristischen Despotismus zu unterwerfen.

Die neuen Formen einer staatlich kontrollierten und organisierten Wirtschaft können zu Übergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus werden, wenn der Staat von den Arbeitern und Bauern beherrscht wird und die Macht des Staates über die Wirtschaft ihr Gegengewicht findet in freien Organisationen der arbeitenden Klasse. Aber dieselben Formen der staatlich kontrollierten Wirtschaft führen zur furchtbarsten Staatssklaverei, wenn der Staat, der die Wirtschaft beherrscht, ein vom Volke nicht kontrollierter Despotismus ist, der alle individuelle Freiheit der Organisation vernichtet.

Die Wirtschaftskrise hat ferner die Gegensätze zwischen den Staaten und die reaktionäre Tendenz der wirtschaftlichen Absperrung der einzelnen Staaten gegeneinander und damit die Zersetzung der Weltwirtschaft wesentlich verstärkt.

Der Faschismus strebt danach, die gesamten nationalen Kräfte unter dem Kommando einer tyrannischen Gewalt zur Kriegsrüstung gegen andre Nationen zusammenzuballen. So wächst die Gefahr des Unterganges der modernen Zivilisation in einem neuen Weltkrieg.

Die sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse allein vermag die Menschheit zur organisierten Beherrschung und vollen Ausnützung der durch die Entwicklung der modernen Technik auf das höchste entfalteten Produktivkräfte, zur Begründung des dauernden Friedens auf der Grundlage der Freiheit und des gleichen Rechtes der Völker zur Rettung der individuellen Geistesfreiheit zu führen, der Grundlage aller modernen Zivilisation, für die seit Jahrhunderten die Besten der Menschheit gekämpft haben und auf den Scheiterhaufen der Reformation und den Bastillen des Absolutismus, auf den Barrikaden der bürgerlichen Revolution gestorben sind.

Das durch die Weltkrise des Kapitalismus auf das höchste gesteigerte Massenelend und die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Erschütterungen dürfen die Arbeiterklasse nicht entmutigen. Sie muss erkennen, dass sie die Folgen der Entwicklung des Kapitalismus sind, die die Menschheit notwendigerweise zum Sieg des Sozialismus führen wird, wenn nicht die menschliche Kultur untergehen soll.

Von dieser Überzeugung erfüllt, muß die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen den zerfallenden Kapitalismus, gegen den Faschismus und gegen den Krieg verschärfen.

Die Arbeiterklasse und die Demokratie

In den Ländern, in denen der Faschismus gesiegt hat, kann die faschistische Diktatur nur durch die revolutionäre Erhebung der Volksmassen gestürzt werden. Die revolutionäre Macht, aus der Revolution gegen den Faschismus hervorgegangen, wird nicht nur den Faschismus entwaffnen, sondern auch in kräftigen Schlägen seine wichtigsten Grundlagen, das Privateigentum des Grosskapitals und des Grossgrundbesitzes, vernichten, die Basis der neuen Gesellschaftsordnung erobern und auf dieser Grundlage eine sozialistische Demokratie aufbauen.

In den Ländern, in denen die Demokratie fortbesteht, muss die Arbeiterklasse die Herrschaft des allgemeinen Wahlrechtes und die Freiheit der Gewerkschaften mit Einsatz ihrer ganzen Kraft verteidigen. Aber sie muss sich dabei bewusst sein, dass die Demokratie Massen nur dann festzuhalten und vor der verlogenen Demagogie des Faschismus zu bewahren vermag, wenn sie den Volksmassen durch kräftiges Handeln ihre Fähigkeit beweist, sie gegen den Kapitalismus zu schützen, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft einzuleiten. Die Demokratie kann wirksam nur verteidigt werden im Kampfe um die Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie.

In den Ländern, in denen der Faschismus die Demokratie unmittelbar bedroht, muss die Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln entschlossen sein, sie darf kein Opfer scheuen, um Angriffe des Faschismus abzuwehren.

Die Einheitsfront.

Auch die kommunistischen Arbeiter können angesichts der blutigen Misshandlung und völligen Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse durch die faschistische Diktatur nicht mehr verkennen, dass es für die Arbeiterklasse eines jeden Landes lebensnotwendig ist, die demokratischen Einrichtungen als Bürgschaft ihrer Bewegungs- und Kampfesfreiheit zu verteidigen. Anderseits haben die deutschen Ereignisse die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Ueberzeugung bestärkt, dass dort, wo die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlassen, sich dem Faschismus in die Arme geworfen und der Arbeiterklasse die demokratischen Kampfmittel entrissen hat, kein andrer Weg zur Befreiung führt als der des revolutionären Kampfes.

Angesichts der Erfahrungen in der Geschichte ist die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zu rechtfertigen. Die S. A. J. lehnt daher alle Einheitsfrontmanöver ab, die nicht der internationalen Einigung, sondern nur dem Kampfe innerhalb der Arbeiterklasse dienen, sie erneuert jedoch die Erklärung ihres festen Willens, alles, was in ihrer Macht ist zu tun, um die zersplitterten Kräfte der Arbeitermassen zusammenzuführen.

Gruss den deutschen Genossen!

Die SAJ. erhebt vor der ganzen zivilisierten Welt ihren leidenschaftlichen Protest gegen die Hitler-Barbarei. Sie sendet den misshandelten Opfern des deutschen Faschismus, den Brüdern in den Gefängnissen und in den Konzentrazionslagern, den ihrer Ernährer beraubten Frauen und Kindern in Deutschland, sie sendet vor allem jenen heldenmütigen deutschen Genossen ihren brüderlichen Gruss, die, von Misshandlungen und Folterungen bedroht, die sozialistische Idee in Deutschland lebendig erhalten.

In brüderlicher Solidarität mit dem deutschen Volke ruft die S. A. J. die Arbeiter und die Völker der ganzen Welt zum Kampf auf gegen den Faschismus, den Todfeind der Arbeiterklasse, der Freiheit und des Friedens.

Gegen Hitler! Gegen den Krieg!

Die Konferenz beschliesst:

Kundgebungen.

1. Alle sozialistischen Parteien haben in der Woche des 9. November, des Gedenktages der deutschen Revolution, Kundgebungen gegen den Faschismus zu organisieren.

Solidaritätsaktionen.

2. Alle sozialistischen Parteien werden ihre Solidarität mit den Opfern des Faschismus, mit den Frauen und Kindern der eingekerkerten Genossen, mit den Opfern des Faschismus, mit den aus ihrer Heimat Vertriebenen bekunden, indem sie die Sammlungen, die durch den Matteoti-Fonds organisiert werden, mit aller Kraft fördern.

Boykott gegen Hitler-Deutschland!

3. Die SAJ. unterstützt alle Bemühungen der moralischen Aechtung und des materiellen Boykotts der deutschen Machthaber.

Vor den Völkerbund!

4. Die SAJ. fordert, dass alle freien Völker gegen die Bedrohungen des Friedens durch den deutschen und italienischen Faschismus zusammenwirken.

Die SAJ. fordert, dass die demokratischen Regierungen alle den europäischen Frieden gefährdenden Fragen auf die Tagesordnung des Völkerbundes setzen, die der Sieg Hitlers in Deutschland aufwirft, insbesondere die Aufrüstung Deutschlands, das Vorgehen gegen Oesterreich und das Volk von Danzig, dessen verfassungsmässige Freiheitsrechte international garantiert sind.

Die Konferenz nimmt die gemeinsame Resolution des JGB. und der SAJ. hinsichtlich des Kampfes gegen den Krieg an. Sie anerkennt für alle Länder den Anspruch auf Gleichheit der Rechte und Pflichten, aber sie widersetzt sich jeder Wiederaufrüstung des kriegerischen Apparats, der das deutsche Volk niederhält.

5. Die SAJ. ruft zum Kampf gegen die durch den Sieg des Faschismus vervielfachte Kriegsgefahr. Die Arbeiter der demokratischen Länder dürfen sich zum Kriege auch nicht unter dem Vorwand verlocken lassen, dass der Krieg im Interesse der Befreiung der Völker vom Faschismus geführt werde; die Völker haben es erfahren, dass ein Krieg, als Freiheitskrieg gegen despotische Gewalten gerühmt, mit imperialistischen Friedensdiktaten endete, die in den besiegten Nationen den Nationalismus gestärkt und dadurch die Wiederaufrichtung noch schlimmerer despotischer Gewalten herbeigeführt haben.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte...

Falls trotz des unter der Führung des J. G. B. und der S. A. J. erfolgenden Widerstandes der Arbeiterklasse der Krieg dennoch ausbrechen sollte, haben die Arbeiter der in den Krieg verwickelten Länder, selbst der angegriffenen Länder, dennoch die doppelte Pflicht: einerseits die völlige Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit ihrer Organisationen zu wahren; anderseits ihre Beziehungen zu den Internationalen aufrechtzuhalten, um für die raschest mögliche Einstellung der Feindseligkeiten zu wirken.

Die Konferenz ist überzeugt, dass die Bedrohung der Zivilisation der Menscheit durch den Aufstieg des nationalistischen Faschismus Vereinheitlichung der internationalen Aktion, innigere Solidarität, engeren Zusammenschluss der Aktion der Arbeiter aller Länder erfordert. Indem sie alle Zugeständnisse an den Nationalismus, jedes Paktieren mit ihm zurückweist, fordert sie im Namen der dreissig Millionen Arbeitslosen in der Welt, im Namen der verelendeten Massen der Arbeiter und Angestellten, im Namen der ungezählten pauperisierten Kleinbürger und Bauern, im Namen der um ihr Recht auf Arbeit betrogenen Jugend, im Namen der aus ihren Wunden blutenden, ihrer Freiheit beraubten, an ihrer Menschenwürde geschädeten Opfer des Faschismus die Völker der Welt zum Kampfe auf gegen die Barbarei des Faschismus und des Krieges und gegen ihre letzte Wurzel, die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Artur Henderson wieder Abgeordneter

Rückkehr als Oppositionsführer ins Unterhaus. — 15000 Stimmen Vorsprung vor dem Kandidaten der nationalen Regierung und der Kommunisten.

Der frühere englische Aussenminister der Arbeiterregierung und jetzige Präsident der Abrüstungskonferenz, Artur Henderson, der frühere Kopf der englischen Arbeiterpartei ist am Freitag bei den Ersatzwahlen zum Unterhaus in Clay Cross mit einem überwältigenden Stimmenzuwachs für die Arbeiterpartei wieder zum Abgeordneten gewählt worden. Bei den Katastrophenwahlen, die der Verräter MacDonald gegen die Arbeiterpartei für die „nationale Regierung" führte, ist auch Henderson durchgefallen und hat auch die Führung der Opposition im Parlament an seinen Freund Landsbury abgetreten. Nun ist Henderson wieder Abgeordneter und wird die Führung der Fraktion wieder übernehmen. Die Wahl Hendersons war sicher, trotzdem muss auch die gesamte englische Presse feststellen, dass der Stimmenzuwachs für die Arbeiterpartei bedeutend ist, Henderson ist mit über 15000 Stimmen über seinen konservativen Gegner und den kommunistischen Gegenkandidaten gewählt worden.

Seit den Katastrophenwahlen ist die Arbeiterpartei wieder nach jeder Nachwahl im Vormarsch, ein Jahr „nationaler Schwindel" in England, hat den breiten Massen bewiesen wie der Patriotismus die Wirtschaftskrise zur Niederlage der Arbeiterklasse ausnutzt. Niemand zweifelt daran, dass eventuelle Neuwahlen wiederum die Arbeiterpartei zur Regierung bringen möchten. So sieht für die bürgerliche Presse der Niedergang des Marxismus aus, der angeblich allem Uebel dieser Zeit schuld ist. Nur von dem Erfolg berichten die bürgerlichen Blätter einfach nichts! Der tote Marxismus wird auch in Zukunft die Führung haben. wenn man ihn auch noch so sehr zu verleumden beliebt.

Komintern will keine Einheitsfront

Nach einem Beschluss des Präsidiums der Komintern **sollen zur 2. Internationale keinerlei Beziehungen mehr angeknüpft werden.**

Dieser Standpunkt ist mehr als eigenartig, da bekanntlich noch im Februar d. Js. die Anknüpfung von Beziehungen als möglich und sogar als wünschenswert erschienen war, um eine Einheitsfront des Weltproletariats zu schaffen.

Ein deutscher Flüchtling in Marienbad ermordet

Der bekannte Gelehrte Professor Theodor Lessing, der als politischer Flüchtling in Marienbad in der Tschechoslowakei lebte und in der Villa Edelweiss wohnte, iist von unbekannten Tätern, die von einer Leiter aus, durchs Fenster schossen, tödlich verletzt worden. Dr. Lessing verstarb kurz darauf im Krankenhaus, ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben. Dr. Lessing war Sozialist und von den Nazis schon lange gehasst. Warnungen seiner Freunde, Vorsichtsmassnahmen zu treffen, sind unbefolgt geblieben. Der mutmassliche Täter, ein Chauffeur Eckert, ist nach Deutschland geflohen, die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, handelt es sich bei der Ermordung Lessings um einen Terrorakt der Nationalsozialisten.

Starhemberg in Rom

Er will Heimwehreinreihung ins Bundesheer durchsetzen.

Nach einer Meldung der „Times" hat der Aufenthalt Starhembergs in Rom den Zweck, die Organisation der faschistischen Jugendverbände zu studieren. Dem genannten Blatte zufolge soll Stahrhemberg die Absicht haben, den Versuch zu machen, **analoge Organisationen dem österreichischen Bundesheer** anzugliedern. Er erhofft die Zustimmung der italieinischen Regierung zu erlangen. „Daile Telegraph" berichtet gleichfalls, dass Starhemberg in Rom mit der Regierung über die **Möglichkeit der Einreihung der Heimwehr in das Bundesheer verhandeln wird.**

Monarchie — Krieg oder Brudermord

Was wird in Deutschland? Eine Frage, die heute allen Besuchern aus Deutschland vorgelegt wird. In sehr pessimistischer Weise beantwortete diese Frage der amerikanischen Presse gegenüber der nach New-York heimkehrende Botschafter, der die Ansicht vertritt, dass es in Deutschland nicht ohne grosse Umwälzungen zur Ruhe kommen wird. Er hält einen neuen Krieg oder die Wiederkehr der Monarchie als wahrscheinlich, aber es lägen auch alle Voraussetzungen zu einem Bürgerkrieg vor. Diese Aeusserungen des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin lösen in der Presse lebhafte Kommentare aus.

Van der Lubbe

Das kommunistische Blatt „Tribune" behauptet, dass der „Brandstifter" van der Lubbe beim Verhör geleugnet hat, Mitglieder der deutschen kommunistischen Partei zu kennen. Als diese Erklärung ins Protokoll nicht aufgenommen wurde, weigerte sich der Dolmetscher der Niederländischen Gesandtschaft das Protokoll zu unterzeichnen, wenn die Erklärung des Angeklagten nicht aufgenommen würde. Daraufhin wurde der Dolmetscher nicht mehr aufgefordert, den Verhören beizuwohnen.

Arbeiter lassen sich nicht unterkriegen

Widerstand gegen den Hitlerkurs

Aus ganz Deutschland mehren sich die Meldungen über den wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft in den Betrieben. Täglich werden in den Fabriken Flugblätter antifaschistischen Inhalts verteilt, meist ohne, dass es den NSBO-Spitzeln und wachhabenden SA-Leuten gelingt, die Flugblattverteiler ausfindig zu machen. Eine ganze Anzahl von Betriebsaktionen werden aus dem Bezirk Magdeburg gemeldet. Im Betrieb Polte in Magdeburg wurde eine Anzahl Arbeiter wegen „staatsfeindlicher" Gesinnung entlassen und an ihrer Stelle erwerbslose SA-Leute eingestellt. Die Entlassenen werden nicht mehr unterstützt, und auf diese Weise kann dann die Hitlerpresse melden, dieser oder jener Bezirk sei „frei von Arbeitslosen"! Gleichzeitig aber benutzte die Direktion diesen Wechsel zu einer Lohnherabsetzung. Darüber herrscht grosse Erregung im Betrieb. Die Neueingestellten wählten eine Delegation von 36 Mann, die bei der Direktion vorstellig wurden und volle Tarifbezahlung verlangten. Als Antwort auf diese Forderung wurden „sieben Rädelsführer" entlassen, ausserdem eine Anzahl aus der NSBO ausgeschlossen, sowie einige Mitglieder der SA. Grosse Erregung herrscht in den Betrieben über die Höhe der sogenannten „Hitlerspende", die angeblich „freiwillig" ist, in Wirklichkeit aber zwangsläufig abgezogen wird. In einigen Depots der Magdeburger Strassenbahn verweigerten die Belegschaften geschlossen die Abführung dieser Spende. Aehnliche Aktionen werden aus den grossen chemischen Betrieben der „Leuna-Werke" bei Magdeburg, ferner aus den Hüttenwerken in Thale-Harz gemeldet.

„Alle Anzeichen der Panik"

Die „Berliner Börsenzeitung", die bekanntlich, ohne ein nationalsozialistisches Organ zu sein, noch lange vor der Machtübernahme durch Hitler nationalsozialistische Propaganda trieb und der Schwerindustrie nahe stand, veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel, der Erscheinungen ankündigt, die oft Vorboten der Panik sind. Man habe jede Lust verloren, Kapitalien zu investieren. Die Wertpapiere verlören fortwährend. Die ganze Lage der Wirtschaft sei ausserordentlich kritisch.

„General Göring"

Durch die reichsdeutsche Presse geht die Meldung, dass der Reichspräsident von Hindenburg den Hauptmann Göring, seines Zeichens Preussischer Ministerpräsident zum General der Infanterie „befördert" hat. Die Auslandspresse bemerkt hierzu boshaft, dass die Beförderung nicht klar ist, ob sich Göring die Auszeichnung für die Schenkungsurkunde an Hindenburg, die dem Stammsitz ein neues Gut zaschanzt und die Steuerfreiheit der Hindenburgs sichert oder ob der gelungenen Verschleierung des Reichstagsbrandes. Auf alle Fälle ist es interessant zu wissen, dass Hindenburg durch ein Gut beschenkt wurde und sich auch an Göring dankbar erweist.

Japanische Besorgnisse um Russlands Rüstungen

Nach verschiedenen Meldungen aus Tokio sind die japanischen militärischen Stellen in grosser Sorge um die Verständigung der russischen Armee im Fernen Osten. Die russische Armee sei mehr als 1½ mal so stark wie die japanische Truppe. Sie besitze rund 3000 Flugzeuge. Die Zusammenziehung dieser Truppen im Fernen Osten sei durch den Abschluss des Nichtangriffspaktes Russlands mit Polen und anderen Nachbarn sowie durch die Verbesserung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau möglich geworden.

120 Millionen innere Anleihe

Staatsbeamte und Finanzinstitute sollen die Anleihe aufbringen

Das Finanzministerium plant die Ausschreibung einer Innenanleihe, in Höhe von 120 Złoty, die zu einer Hälfte von Staatsbeamten und zur anderen Hälfte von den Banken und Sparkassen gezeichnet werden soll. Die Anleihe wird auf Złoty in Gold lauten und eine Verzinsung von 6 Prozent bringen. Wie es heisst, sollen die Staats- und Kommunalbeamten, je nach Höhe ihres Gehalts, zur Zeichnung veranlasst werden, die ihnen in 10 Monatsraten abgezogen wird. Banken und Sparkassen sollen zunächst die Zeichnungen auslegen und sie garantieren, ihre Anteile werden später nach einem Schlüssel aufgeteilt. Zum Komissar der Anleihe soll der frühere Vicefinanzminister Starzyński ernannt werden. Die Nachricht von der Anleihe hat in Beamtenkreisen eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen, da die Form der Ausschreibung deutlich den Zwangscharakter der Anleihezeichnung zum Ausdruck bringt. In unterrichteten Kreisen will man wissen, dass die Anleihe weit über die Zeichnungssumme hinaus Erfolg bringen wird, während Finanzkreise aus der Art der Anleihe schliessen, dass die Regierung auf lange Sicht keine Besserung der inneren Finanzlage sieht und darum vorbeugt, um den Finanzanforderungen zu genügen.

GILGI — EINE VON UNS

Irmgard Keun

52

„Aber ich brauche es jetzt — mein Gott — jetzt — verstehen Sie, es ist nicht für mich — nie wäre ich für mich hierher gekommen, es geht da um Freunde..." Die Frau fasst plötzlich nach Gilgis Hand — Gilgi zieht sie hastig zurück — „fassen Sie mich nicht an — ich bitte Sie — es ist besser für Sie, wenn Sie mich nicht erst fassen."

„Sie müssen mir — erzählen — von sich — ja, Sie müssen zu mir kommen — immer — wann? Schwer und offen liegen Gilgis Hände auf dem Tisch — man kann sie nicht heben — man will aufstehn und kann die Hände nicht heben. Der Raum dreht sich um sie — Nebel, Nebel — tanzende Schatten — gelbe Wolken — zuckende Luft —.

„Ich werde nie mehr zu Ihnen kommen, ich wäre nur eine Störung für Sie — und Sie für mich. Und ihre Welt ist mir fremd und zuwider, ich will nichts mit ihr zu tun haben. Ich muss jetzt gehn — ich habe versprochen zu helfen — das muss ich halten — ich habe keine Zeit mehr, ich muss sehn, wo ich Geld herbekomme." Gilgi sieht auf die kleine zusammengesunkene Frau — die hebt den müden, leeren Blick zu Gilgi empor — streckt beide Hände vor — zieht sie plötzlich wieder zurück — und streift langsam einen Ring nach dem andern von den schmalen, glatten Fingern — legt einen Ring nach dem andern in Gilgis offene Hände — den blauen Saphir — den grünen Smaragd — die beiden Brillanten und die grosse Perle. Ein Häufchen Platin und Steingeglitzer in Gilgis Händen.

„Das war schön von Ihnen", sagt Gilgi mit zitternden Lippen — „aber — haben Sie die Ringe nicht lieb — ich meine, gab Sie Ihnen nicht jemand, den Sie lieb haben?"

Wieder die leere, kindliche Stimme: „Von meinem Mann habe ich sie — jedesmal wenn er mich betrogen hat, schenkt er mir ein Schmuckstück..."

„Ich will gehn", sagt Gilgi und steht auf. Auch die Frau will sich erheben, wird plötzlich noch weisser als vorher, fällt hintenüber — mit einem Satz ist Gilgi bei ihr. Legt den schlaffen, kleinen Kopf auf die Sessellehne — hält fest in der lingen Hand das Häufchen glitzernder Steine... sie ist ohnmächtig geworden — — ich — habe nie geglaubt, dass Menschen wirklich ohnmächtig werden — ich hätte nie für möglich gehalten, dass es das gibt... was tut man denn da —? Wasser — ja Wasser — Wasser — Wasser — — — aach, das ist zuviel alles — Gilgi sinkt in die Knie — streicht über den schmalen nackten Arm, der schlaff und leblos herabhängt. Die kleine Magazindame ist meine Mutter — ich hätte nicht zu ihr gehn sollen. Aber sie wird schon wieder in Ordnung kommen — sie hat einen Diddy und einen braven Mann, dessen Untreue so lukrativ für sie ist — bald wird er wohl sechzig sein, dann fängt er erst richtig an, Seitensprünge zu machen. und dann wird sie viele schöne neue Ringe bekommen — Gilgi drückt kurz die kleine nackt geschenkte Hand... du kleine Magazindame — dir geht es nicht schlecht — aber Hertha — die arme Hertha — Hertha! Das Geld! Martin! Gilgi springt auf, rennt aus dem Zimmer — begegnet auf dem Flur dem Mädchen — „der gnädigen Frau ist schlecht geworden, gehen Sie zu ihr — sofort."

6,30 Uhr. Bis sieben kann der Hans die Ringe noch versetzen oder verkaufen. In spätestens zehn Minuten kann man in der Friesenstrasse sein. Es ist kein Umweg, wenn man vorher bei Martin vorbeigeht. Nur ihm schnell sagen, er soll keine Angst haben. Erklären wird man später. Das alles wird sehr ruhig und vernünftig überlegt. Schnell und sicher schreitet Gilgi aus. Alle Gefühlsbewegungen und erlebten Begebenheiten sind für den Augenblick ausgelöscht, nur der Gedanke lebt: ich hab's geschafft.

Kaum hat sie die Flurklingel überhaupt angerührt, da reisst Martin schon die Tür auf. Helle Angst und Wut brennen aus seinen Augen. „Wo warst du! Mein Gott — gleich sieben Uhr — ich suche dich überall..."

„Oh, Martin, ich bin doch schon manches Mal so lange fortgewesen."

„Nein, das bist du nicht, und du bist auch nie fortgegangen, ohne ein Wort zu sagen."

Fortsetzung folgt.

Polnisch-Schlesien

Modernes Märchen

Mit Staatskalesche und güldener Krone...

Wer wünscht sich wohl nicht in dieser unheilvollen Zeit, dass ihm so von irgendwoher ein bischen Geld in den Schoss fallen möge, damit er sich „verbessern" könne. Aber leider bleiben dies unerfüllte Träume, und das Elend geht weiter, denn das Märchen mit der Wunderfee und dem Goldschatz stammt aus der Zeit: Es war einmal. Aber es kann auch anders kommen, es gibt doch noch Glückspilze auf der Welt, die plötzlich mit einem solchen Goldregen überflutet werden, dass es dann nicht verwundert, wenn der Verstand nicht mehr richtig funktioniert. Also erging es einer biederen, rechtschaffenen Bäuerin in einem ostgalizischen Dorf Repie. Ihr Ehekamerad war, aus, weiss Gott, welchen Gründen, vor vielen Jahren nach Amerika ausgewandert und nicht mehr zurückgekehrt. Die Frau wurde darüber alt und grämlich und wird wohl nicht gerade freundschaftlich über den „Ungetreuen" gedacht haben. Aber siehe da, eines schönen Tages kommt zu ihr die Nachricht, dass der Gatte in Chikago verstorben ist. Das würde wohl nicht das Schlimmste gewesen sein, aber es kam auch die Kunde, dass er seiner, hier verbliebenen, Frau ein Vermögen von anderthalb Millionen Dollar hinterlassen hat. Potz Blitz, anderthalb Millionen waschechte Dollars! Das nennt man Glück!! Man kann sich also ungefähr die Gemütsverfassung der Bauernfrau vorstellen, ordentlich jung ist sie geworden und hat ihren „Chlopek" mit allen Kosenamen der Welt bedacht und ihm im stillen Kämmerlein alle schlechten Gedanken abgebeten, die sie über ihn hatte. Diese Dollars, sie haben alles wieder gut gemacht.

Nun musste aber doch das Geld unter die Leute kommen. Und da auf einmal auch die geliebte Verwandschaft recht freundlich zu unserer „Matka" war, so wollte sie ihnen beweisen, dass „sie zu herrschen" versteht. Sie liess sich also eine regelrechte vergoldete Staatskalesche anfertigen, 4 Schimmel wurden vorgespannt, kostbare Kleider hüllten die, sonst an Flanell und Leinen gewöhnten, alten Glieder ein und auf dem spärlichen Haar thronte der Effekt von allem: eine goldene Krone, reich mit Diamanten verziert. So fuhr denn unsere neugebackene, Millionenkönigin, spazieren und erregte natürlich das Erstaunen aller Dorfbewohner. Naturgemäss musste sie aber auch einen Hofstaat haben. So wurde der Ortsbriefträger Aussenminister, der Bäcker Kanzler und ein riesengrosser Bauer Innenminister. Alle erhielten sehr annehmbare Gehälter und waren somit willige und gehorsame Diener ihrer „Königin". Diese hatte aber auch gute Seiten und teilte aus ihrem Glückssäckel ebenfalls an die Armen des Dorfes in reichem Masse aus. Wie man erfährt, lassen die Behörden die neugebackene „Herrscherin" gewähren, denn sie stehen auf dem Standpunkt, dass das Geld unter die Leute muss. Auf welchem Wege, spielt keine Rolle.

Hoffentlich nimmt dieses moderne Märchenspiel nicht ein Ende mit Schrecken. Ganz davon abgesehen, dass manchmal, wie gewonnen, so zerronnen, der Ausgang ist, so kann die Dollarfürstin auch noch mit der Irrenanstalt Bekanntschaft machen. Es wäre besser, den Verbrauch der Millionen in geregelte Bahnen zu lenken. So gehts, der eine hat Sorge, wie er mit den Bettelpfennigen auskommen soll, der andere, wie er die Millionen am ehesten verbringt. Ironie des Schicksals...

Der letzte Gruss an Paul Koschek

Am Freitag abends hatten sich eine Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern im Saal des Zentralhotels zusammengefunden, um den verstorbenen Genossen und Mitkämpfer Paul Koschek, den wir in der vergangenen Woche zur ewigen Ruhe getragen haben, noch durch einen letzten Gruss zu ehren. Nach einer kurzen Eröffnung durch Gen. Kowoll trug der Gemischte Chor der Kattowitzer „Freien Sänger" ein entsprechendes Lied vor. Dann würdigte Genosse Kowoll den Menschen und Sozialisten Paul Koschek und erzählte, wie dieser schon vor 25 Jahren als die hiesige Arbeiterbewegung noch in den Anfängen steckte, treu zu ihr stand und jedes Mittel fand, um ihr hilfreich zur Seite zu stehen. Mit warmen Worten gedachte der Redner der Treue des Verstorbenen, dessen Andenken am besten geehrt werden könne, wenn seinem Beispiel, besonders für die Jungen, nachgeeifert wird. Wenn vielleicht, infolge seiner Krankheit, andere Einflüsse auf den verstorbenen Genossen gewirkt haben, so soll dies an unserer Gesinnung für ihn nichts ändern. Wir wollen sein Andenken stets in Ehren halten!

Die Trauerversammlung hörte die Worte stehend an. Nach dieser Würdigung brachte der Chor nochmals einen sinnvollen Gesangsvortrag dar, zum letzten Gruss an den Dahingegangenen. Damit war der offizielle Teil der Totenfeier erledigt. Dann liess der Chor ein Kampflied ertönen, und mit diesem fand die kurze, aber erhebende Weihestunde ihren Abschluss. Von dieser Stelle aus sei den Sängern und ihrem Leiter, Genossen Erich Groll, für die Mitwirkung, freundlich gedankt.

Warum denn in die Ferne schweifen...?

Ansiedlung Arbeitsloser oder Aussiedlung Oberschlesier?

Wie bereits berichtet, wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung eine interessante Aussprache über den Siedlungsplan des Stadtpräsidenten Spaltenstein geführt. Wenn auch die Mehrzahl der polnischen Stadtverordneten sich für diesen ausgesprochen hat, so haben die deutschen Bürgervertreter auf die verschiedenen Schwierigkeiten hingewiesen, die ganz besonders in der finanziellen Hinsicht liegen und das es nicht angeht, Oberschlesier nach anderen Teilen des Landes zu „Verpflanzen". Wenn schon dazu geschritten werden sollte, was kaum anzunehmen ist, so **müssten in erster Linie die aus der Landwirtschaft nach hierher Zugewanderten, heute in Grube und Hütte beschäftigten wieder zurück befördert werden,** weil sie auch schon eine besondere Sachkenntnis in der Landwirtschaft besitzen.

Bei der Begründung des Planes wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass er Verwirklichung einmal finden muss weil die gegenwärtigen Erwerbslosen fast gar keine Aussicht haben, nochmals auf Gruben und Hütten eingestellt zu werden. Sollten wieder einmal Arbeitskräfte benötigt werden, was aber noch lange nicht eintreten wird, dann werden in erster Linie die Ledigen zur Arbeit herangezogen werden. **Es gibt heute schon tausende von jungen Leuten, die nach ihren Schulaustritt noch nicht einen einzigen Finger krumm gemacht haben und bereits weit über die 20 Jahre zählen.** Somit ist in Erscheinung getreten, dass heute entlassene Leute von 40 Jahren überhaupt keine Aussicht mehr haben, noch einmal irgendwo in Arbeit zu kommen, wenigstens nicht in der Industrie. Diestes sind bitterböse Feststellungen und schlechte Aussichten, müssen aber einmal gesagt werden. Und weil es nicht so leicht ist, Leute die 30 und mehr Jahre auf Gruben u. Hütten gearbeitet haben, in Landwirte umzuwandeln, so wird der Plan nicht so schnell Verwirklichung finden. Man hat dies auch an interressierter Stelle eingesehen, nachdem man die Meinung von verschiedenen Seiten gehört hat.

Was aber möglich ist, das ist, dass man innerhalb der schlesischen Heimat den Erwerbslosen zu einem kleinen Unterhalt verhilft. Wir denken hierbei an die Skarboferme als grösster Grundbesitzer in Königshütte und Umgegend. Das ihr gehörige Gelände ist so gross, dass es auf Jahre hinaus keinen festen Bestimmungszweck hat und tausende von Quadratmetern brach liegen. **Die gewaltigen Grundflächen müssten, weil sie dem Staat gehören, parzelliert und den Arbeitslosen zugeteilt werden.** Den in Frage kommenden Leuten könnte dadurch erhebliche Hilfe zuteil werden, und sie damit ihren Lebensunterhalt verbessern könnten. Die Erträge würden, wenn sie nicht für den Eigenverbrauch bestimmt sein müssten, auf den oberschlesischen Märkten viel besser abgesetzt und bezahlt werden, weil bekanntlich die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hier viel höher stehen, als in den anderen Gegenden des Landes. Als weiterer Abnehmer könnte die Stadt für die Wohlfahrtsanstalten in Frage kommen. Die Skarboferme als staatliches Unternehmen müsste mehr Interesse an den Tag legen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen helfen und dies durch die Ueberlassung von Gelände an Arbeitslose.

Die Zusammenfassung der Sozialversicherungen

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz werden vorbereitet. — Invalidenversicherung statt Altersversicherung für Arbeiter.

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist augenblicklich damit beschäftigt, die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die sozialen Versicherungen, auf Grund dessen die Zusammenfassung sämtlicher Versicherungsinstitutionen in Polen erfolgen soll, auszuarbeiten. Das Gesetz sieht die Bildung von vier Versicherungsanstalten vor, u. zw.: Versicherungsanstalt für Kopfarbeiter, Arbeiter-Emeritalversicherungsanstalt, Unfallversicherungsanstalt u. Versicherungsanstalt gegen Krankheiten. In diese vier Anstalten werden alle bisher in Polen bestehenden Versicherungsinstitutionen zusammengefasst werden.

Die neue **Versicherungsanstalt für Kopfarbeiter** wird dem Gesetz zufolge das gesamte Vermögen als auch die Verpflichtungen der gegenwärtigen Versicherungsanstalt für Kopfarbeiter in Warschau sowie des Verbandes dieser Anstalten übernehmen.

Die **Arbeiter-Emeritalversicherungsanstalt** wird die Verpflichtungen der Landesversicherungsanstalt in Posen, einen Teil des verbliebenen Vermögens u. der Verpflichtungen der Invalidenabteilung der Landesversicherungsanstalt, die Gesamtheit des Vermögens und der Verpflichtungen der „Bractwo Górnicze" in Krakau sowie aller übrigen ähnlichen Institutionen des ehemaligen österreichischen Teilgebiets übernehmen.

Die **Unfallversicherungsanstalt** wird über das gesamte Vermögen dieser Anstalt in Lemberg, der landwirtschaftlichen Unfallversicherungsanstalt in Posen, der Unfallabteilung der Landesversicherungsanstalt in Posen und der gleichen Anstalt in Königshütte verfügen.

Die **Versicherungsanstalt gegen Krankheiten** wird das gesamte Vermögen des Verbandes der Krankenkassen übernehmen.

Die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Zusammenfassung der sozialen Versicherungsinstitution wird zum 1. Januar 1934 erwartet. Eine Neuheit hierbei ist die **Einführung der Invalidenversicherung für Arbeiter,** die die Altersversicherung ersetzen soll. Der Beitrag für die Invalidenversicherung wird 5,2 Prozent vom Lohn und im Bergbau 5,8 Prozent betragen.

Aus der Eichenauer Gemeindevertretung

Weitere Reduzierung des Budgets. — Sparmassnahmen bei Beamtengehältern.

Am vergangenen Mittwoch fand hier, unter Leitung des kommissarischen Gemeindevorstehers Hauke, eine Gemeindevertretersitzung statt, auf deren Tagesordnung 8 Punkte zur Beratung standen. Den ersten Punkt zog der Gemeindevorsteher zurück, da diese Angelegenheit bereits im Schulvorstand beraten wurde. Ferner wurde beschlossen, die deutsche Kriegsanleihe, welche auf 850 Rm umvalutiert wurde, zu verkaufen. Ein weiterer Beschluss wurde gefasst, in diesem Jahre von den Garteninhabern keinen Wasserzins einzuziehen. Die Steuerkommission wurde beauftragt, in Zukunft den Wasserzins für Gartenbesitzer festzusetzen.

Die Aenderung des Statuts, betreffs Regelung der Rechtsverhältnisse für Gemeindebeamte, nahm längere Zeit in Anspruch. Das alte Statut sah 10 etatsmässige Gemeindebeamte vor. In der Aenderung wurden nur **5** Beamte vorgesehen. Die Gehaltsgruppen wurden für dieslben von der 8. in die 11. Gruppe versetzt. Auch die Urlaubszeit wurde auf 4 Wochen reduziert. Langfristige Anleihen dürfen an Beamten nicht mehr erteilt werden. Ferner wurde eine Personalkommission gewählt, die in Zukunft sämtliche Rechtsfragen regeln soll. Annahme, sowie Entlassung von Angestellten muss mit Einvernehmen der Personalkommission erfolgen. — Zur Festsetzung der Mieten in den Gemeindehäusern wurde die Baukommission bestimmt. — In der weiteren Debatte wurde wiederum das Budget gekürzt. Verschiedene Positionen, wie der Repräsentationsfond, der Beitrag für L.O.P.P. und andere Titel wurden erheblich gekürzt. Gemeindevorsteher Hauke gab bekannt, dass er, mit Rücksicht auf die Sparmassnahmen, auf die 700 Złoty Entschädigung, die ihm die Gemeindevertreter bewilligt haben, verzichtet und nur 400 Złoty entgegennimmt, ausschliesslich 50 Zl. Fahrgeld. (Ob dieses der einzige Erwerb ist?) — Um 20 600 Złoty wurden die Ausgaben gekürzt.

Unter „Verschiednes" teilte Gemeindevorsteher Hauke mit, dass er wohl keine Gemeindevertretersitzung mehr leiten wird, da er auf seinen Posten in der Wojewodschaft zurückkehrt. Wer die weiteren Geschicke der Gemeinde führen wird, liegt nun in der Hand der Gemeindevertreter. Das eine steht aber fest, dass der Gemeindevorsteher Kosma nichts weiter auf dem Kerbholz hat, als dass er die wirklichen bald entlarvten Spitzbuben, die sich an den Arbeitslosengeldern vergriffen haben, nicht genügend scharf überwacht hat. Natürlich sind die Eichenauer „Ueberpatrioten" nicht für den Kosma, da sie gern einen von ihren Getreuen und zwar den Aufständischenführer Rzepka aus Bogutschütz, auf dem Posten des Gemeindevorstehers von Eichenau sehen möchten. Wohlauf! Wir sind alle Patrioten, lasset uns nur arbeiten und verdienen zum menschlichen Auskommen. Wenn man aber auf der einen Seite spart, so kann man doch anderseits nicht zwei Gemeindevorsteher erhalten, denn Kosma müsste unbedingt seine Emeritur erhalten.

Lohnreduktion auch in den Eisenhütten?

Der Arbeitgeberverband hat den Gewerkschaften die, bisher geltenden, Tariflöhne und Akkordsätze in den Eisen- und Metallhütten gekündigt. Wie es heisst, soll im Durchschnitt eine Lohnherabsetzung von 15 Prozent durchgesetzt werden. Die Kündigung war bereits vor dem 1. Juli geplant, ist aber, mit Rücksicht auf die Lohnverhandlungen im Bergbau, hinausgeschoben worden. Nachdem im Bergbau die Lohnreduzierung zwischen 6 und 15 Prozent durchgeführt wurde, kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, dass auch in den Eisen- und Metallhütten die Lohnreduzierung kommt. Auch hier wird wohl nach den üblichen Verhandlungen, ein Schiedsspruch die Angelegenheit zur Entscheidung bringen. Nachdem man durch die Zersplitterung, innerhalb der Gewerkschaften, und die Krise, die Arbeiterschaft aktionsunfähig gemacht hat, dürfte die Lohnreduzierung in den Eisen- und Metallhütten keinen Kampfcharakter annehmen, da es sich im Verlauf der letzten Lohnkämpfe gezeigt hat, dass die Arbeiter selbst nicht mehr mit der Energie antworten, die erforderlich ist, um die fortgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung abzuwehren. Die Arbeitgeber hingegen brauchen nur den „gesetzlichen" Weg der Tarifkündigung zu gehen, um ihres Erfolges im voraus sicher zu sein. Denn der gefällte Schiedsspruch wird einfach als „rechtsverbindlich" erklärt, womit sich auch jede Aktion der Gewerkschaften erschöpft.

Aus Gross-Kattowitz

Keine Besserung der Krise in Gross-Kattowitz trotz Arbeitsfonds. — Anmeldung der Kriegs- und Unfallinvaliden.

Die Hoffnungen, die man in den neugeschaffenen Arbeitsfonds setzte, scheinen unerfüllt zu bleiben. Ein Rückblick ergibt, dass keine sonderliche Wirtschaftsbelebung eingetreten ist. Soweit bis jetzt festzustellen war, sind beispielsweise der Stadt Kattowitz von den bereitgestellten Millionen nur 245 Tausend Zloty als Anleihe zuerkannt worden. Von diesem Betrage sind aber erst 130 Tausend Zloty überwiesen worden. Wann die andere Hälfte eingehen wird, ist nicht bekannt. Die Stadt hat jedenfalls Vorschüsse aus eigenen Mitteln geleistet und kommt dadurch in Zahlungsschwierigkeiten, sofern die in Aussicht gestellten Mittel nicht bald einlaufen. Es müssten die 200 Arbeitslosen, die vorübergehend beschäftigt werden konnten, wieder zur Entlassung kommen. Tatsächlich aber war geplant, mindestens tausend Arbeitslose zu beschäftigen. Die Stadt selbst musste, entsprechend ihrem Haushaltsplan, ein Prozent für den Arbeitsfonds aufbringen. Hierbei handelt es sich um rund einhunderttausend Zloty. Die Stadt bringt nach ungefährer Schätzung für den Arbeitsfonds gegen eine halbe Million Zloty im Jahre auf, bekommt aber kaum eine viertel Million davon zugewiesen, wovon die Hälfte noch aussteht.

*

Zwecks Registrierung werden die, in Gross-Kattowitz wohnhaften. Invaliden aufgefordert, sich bis spätestens zum 15. September im städtischen Wohlfahrtsamt (Abteilung für Invalidenfürsorge) Magistratsgebäude, ulica Młyńska 4, Zimmer 32, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr zu melden. In Frage kommen solche Personen, die eine Arbeitsunfähigkeit von mindestens 45 Prozent nachweisen können und infolge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Beschäftigung verloren haben. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Das Invaliditätsbuch, bezw. die Zustellung der Starostei (Referat für Invalidenangelegenheiten), woraus der Grad der Erwerbsunfähigkeit, sowie die Art der Verletzung, bezw. Unfalls, hervorgehen müssen und ferner das Arbeitsentlassungs-Zeugnis, sowie das Familienstammbuch.

Die städtische Preisprüfungskommission in Kattowitz lässt an alle Geschäftsleute und Händler die Aufforderung ergehen, in ihren Geschäften, in denen Lebensmittel verkauft werden, Preistafeln für Artikel des ersten Bedarfs auszuhängen. Die Preistafeln sind an übersichtlichen Stellen anzubringen. In Uebertretungsfällen werden Geldstrafen auferlegt.

Königshütte und Umgebung

Folgen der grossen Not. In der vergangenen Woche brachen fünf Personen auf der Strasse zusammen, was auf schlechte und geringe Ernährung zurückzuführen ist. Es handelt sich um den 28 Jahre alten Georg Pietrzyk von der ulica Chrobrego 1, Georg Czaika ohne ständigen Wohnsitz, Agnes Odoj von der ulica 3-go Maja 49, Franziska Marek von der ulica Ogrodowa 47 und Elionore Dudek von der ulica Styczyńskiego 7. Die Angeführten mussten in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden.

Vom Magistrat. Die Jahresrechnung der Stadt Königshütte für das Geschäftsjahr 1932/33 wurde durch den Revisionsausschuss, dem die Stadtverordneten Hadamik und Fus angehören einer Prüfung unterzogen. Nach dem Bericht in der letzten Magistratssitzung wurde alles in bester Ordnung befunden.

Erwirbt die Mitgliedschaft in der Deutschen Theatergemeinde. Die Einzeichnung als Mitglieder der deutschen Theatergemeinde hat begonnen und kann in den Büros beim Genossen Kuzella, Knapik und Parczyk (Bibliothek) an der ulica 3-go Maja 6 täglich vorgenommen werden. Für Arbeitslose und Kurzarbeiter Eintrittsbeitrag nur 50 Groschen. Macht reichlichen Gebrauch davon.

Siemianowitz und Umgebung

Die Arbeitslage in der Siemianowitzer Industrie im August. Im vergangenen Monate wurde in der Laurahütte stark gefeiert. Das nahtlose Rohrwerk hatte 8, das Gasrohrwerk 2 und die Verzinkerei 18 Betriebsschichten. In Richterschächte gab es im zweiten Halbmonat trotz der stillgelegten Laurahüttegrube schon einige Feierschichten. Die Nietenfabrik Fitzner arbeitete fasst voll, während die Kesselfabrik nur kleinere Aufträge auszuführen hatte.

Böse Anzeichen. Fast jeden Tag kommen in letzter Zeit Ausschreitungen und Schlägereien im Orte vor, wobei die Polizei einschreiten muss. Gewöhnlich handelt es sich um angetrunkene junge Leute, welche skandalieren oder sich gegenseitig keilen, wobei dann das Messer und andere Werkzeuge eine Rolle spielen. Oft kommt es in diesem Zusammenhange zu schweren Körperverletzungen. Mit unbeschreiblicher Rohheit ging so ein gewisser W. gegen seinen Zechgenossen vor, welchen er auf der Beuthenerstrasse zu Boden warf und ihn mit den Füssen solange ins Gesicht hackte, bis dieser blutig und besinnungslos vom Platz getragen werden musste. Das bedauerliche dabei ist noch, dass die Jugend bei solchen Exzessen für die Krakehler Partei nimmt und die Ordnung schaffenden Polizeiorgane anpöbelt und provoziert, was schon zu gefährlichen

Deutsche Theatergemeinde

Der Spielwinter 1933/34 steht vor seiner Eröffnung. Es ist daher an der Zeit, das Abonnement zu erneuern, resp. zu erwerben. Das Abonnement für 1933/34 wird in 2 Gruppen für die ganze Spielzeit ausgegeben. Gruppe A umfasst bei 14 Vorstellungen nur Schauspiele, Gruppe B bei 28 Vorstellungen neben Schauspiel, auch Oper und Operette.

Die Abonnementskarten sind übertragbar. Ein Ersatz für nicht besuchte Vorstellungen kann daher nicht gewährt werden. Die, für das Abonnement in Frage kommenden, Vorstellungen werden durch den Spielplan bekanntgegeben.

Die Abonnenten haben eine bedeutende Preisermässigung auf die normalen Eintrittspreise. Ferner erhalten die Schauspielabonnenten das Vorkaufsrecht für Oper und Operette, ausser an Sonn- und Feiertagen.

Das Abonnement gibt unseren Mitgliedern Gelegenheit sich für die ganze Spielzeit einen bestimmten Platz im Theater zu sichern. Das zeitraubende Anstellen an der Kasse wird vermieden, da die Abonnementskarte zum Eintritt berechtigt, also eine besondere Eintrittskarte zu den Abonnementsvorstellungen nicht gelöst zu werden braucht.

Der, in Aussicht genommene Spielplan ist reichhaltig und bringt wohl jedem Geschmack etwas Gefälliges. Das Schauspiel bietet u. a. Goethes „Egmont", „Kätchen von Heilbronn", von Kleist und moderne Stücke, die Oper sieht Wagner vor, mit „Tannhäuser" und den „Meistersängern", ferner „Madame Butterfly" von Puccini oder aber Humperdincks Märchenoper „Hänsel und Gretel". In der Operette sind zu erwarten: „Fledermaus" von Straus, „Lieselott" von Künnecke usw. Dies nur als Auswahl unter den zahlreichen Ankündigungen.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage sind die Eintrittspreise bedeutend herabgesetzt worden. Der Abonnementspreis ist im voraus zu entrichten, kann aber auch in drei Raten gezahlt werden. In diesem Falle ist die erste Rate bei Aushändigung der Karte, die zweite am 1. Dezember und die dritte am 1. Februar 1934 fällig. Jedoch kann die Ratenzahlung nur gewährt werden, wenn die Zahltage pünktlich inngehalten werden. Bei Zahlungsrückständen, die nicht innerhalb einer schriftlich bekanntgegebenen Frist beglichen werden, verfällt die Karte, und die Theatergemeinde ist, unbeschadet ihrer sonstigen Ansprüche, befugt, anderweitig über den Platz zu verfügen.

Listen zur Zeichnung des Abonnements Legen von Dienstag, den 5. September ab, im Geschäftszimmer der Deutschen Theatergemeinde, ul. Szkolna, in der Zeit von 9 bis 2 Uhr aus.

Situationen geführt hat, sodass die Polizei sogar in zwei Fällen von der Schusswaffe Gebrauch machen musste. Die jungen Leute sollen sich der Gefährlichkeit ihres Tuns bewusst sein und die Polizei nicht an der Aufrechterhaltung der Ordnung zu hindern suchen, denn dies kann zu schweren Bestrafungen führen.

Wegen Falscheid im Gerichtssaal verhaftet. Eine gewisse M. P. sollte sich auf Grund von Aussagen des Husban und Prudlo aus Siemianowitz wegen Falscheid in einer Alimentensache vor Gericht verantworten. In der Verhandlung kam jedoch zutage, dass die beiden Zeugen unter Eid falsche Aussagen gegen die M. P. gemacht haben. Die beiden Zeugen wurden aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet, während die Angeschuldigte freigesprochen wurde.

Nach Ficinus kommt die Maxgrube. Die dauernden Reduktionen auf der Maxgrube bei Michalkowitz werden von der dortigen Arbeiterschaft mit grosser Besorgnis verfolgt. Schon vor Monaten tauchten in diesem Zusammenhange Gerüchte von einer geplanten Stillegung dieser Grube auf, deren Stichhaltigkeit sich jedoch nicht nachprüfen lässt. Wenn jedoch die Arbeiter- und Angestelltenentlassungen in diesem Tempo weitergeführt werden, so wird in nächster Zeit doch eine Stillegung wegen Arbeitermangel erfolgen müssen, denn die Grubenverwaltung plant am 1. Oktober wiederum 600 Bergleute auf die Strasse zu setzen. Das Gelingen dieses Anschlages auf das Leben der Arbeiter und ihrer Familien hängt von der Einstellung des Demobilmachungskommissars, bei welchem der Reduktionsantrag eingebracht wird, ab. Neben den 600 Arbeitern werden gleichfalls 18 Angestellte zur Entlassung vorgeschlagen. Die Turnusbeurlaubungen, Maxgrube schickt ständig 500 Arbeiter sowie eine Anzahl Angestellte in Turnus, sollen weiter aufrecht erhalten werden.

Für den Grubenfachmann ist es schon jetzt klar, dass eine solche grosse Reduzierung für einen so grossen Grubenbetrieb nicht tragbar noch produktiv sein kann, denn die Inbetriebhaltung der Anlagen verteuert sich prozentual zur jeweiligen Verminderung der Belegschaft. Desgleichen wird durch den Beamtenaparat die Retabilität stark in Frage gestellt, weil man nur die kleinen Angestellten reduziert und die hohen Gehaltsempfänger verschont. Es kann sich also nur um eine neue Provokation u. Wirtschaftsabotage handeln und die amtlichen Stellen sollten diese Gefahr rechtzeitig erkennen und jede weitere Arbeiterentlassung unterbinden. Eine weitere Vermehrung der grossen Arbeitslosenzahl von Siemianowitz und Umgegend müsste katastrofale Folgen zeitigen.

Bielitz, Biala und Umgebung

Der Streik der Tischler in Krakau siegreich beendet.

Die Tischlergehilfen von Krakau sahen sich genötigt, an die Meister mit der Forderung auf Lohnerhöhung heranzutreten. Diese Forderung wurde von den Meistern brutal abgelehnt. Aus diesem Grunde traten die Tischlergehilfen in den Streik. Nach vierwöchentlicher Streikdauer kam es zu einer Einigung und es wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Der Minimallohn eines ausgelernten Tischlergehilfen wird per Stunde von 50 Groschen aufwärts betragen.
2. Alle Tischlergehilfen, welche schon vor dem Streik einen Stundenlohn von 50 Groschen hatten, erhalten eine Erhöhung von 5 Groschen per Stunde auf die Löhne vor dem Streik.
3. Der normale Lohn für qualifizierte Tischler, die an Maschinen arbeiten beträgt in der 1. Kategorie per Stunde 60 Groschen, in der 2. Kategorie 40 Groschen.
4. Die Lohnerhöhung gilt auch für alle Proffessionisten, welche in Tischlereien beschäftigt sind wie z. B. Maschinisten, Tapezierer, Riemer, Schmiede, Bürstenmacher etc.
5. Die Akkordlöhne werden so kalkuliert, dass sie um 20 Prozent höher sind als die Stundenlöhne.
6. Die Tischlergehilfen, welche auf einem Bau oder Montage in Krakau auf 7 km. Entfernung beschäftigt sind, erhalten auf die in der Werkstätte gezahlten Löhne einen 5 %tigen Zuschlag, ausserhalb Krakau 30 % und Wohnungsgeld oder Wohnung.
7. Die Aufnahme neuer Lehrlinge wird auf die Dauer des Vertrages möglichst eingeschränkt. Die gegenwärtig beschäftigten Lehrlinge werden auf jene Zahl reduziert, wie sie von der Wojewodschaft festgesetzt wurde.
8. Die Aufnahme neuer Gehilfen wird durch das bei der Gewerkschaft sich befindliche Arbeitsvermittlungsbüro bewerkstelligt. In erster Linie werden diejenigen berücksichtigt, die ausschliesslich von ihrem Arbeitsverdienst leben u. gar kein Vermögen besitzen.
9. Wegen dem Streik wird niemand entlassen.
10. Zwecks Zusammenstellung eines Tarifes für die Bauarbeiter delegieren beide Teile einen bevollmächtigten Delegierten.

Der Vertrag gilt bis zum 1. September 1934. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat. Wird der Vertrag von keiner Seite gekündigt, dann bleibt er ein weiteres Jahr in Kraft.

Dank der Solidarität der Tischlergehilfen und ihrer guten Organisation haben dieselben einen Minimalstundenlohn von 50 Groschen erreicht, welcher vor dem Streik kaum 30 Groschen betrug. Für die älteren Arbeiter wurde noch eine Lohnerhöhung von 5 Groschen per Stunde erreicht.

Dies sind ganz schöne Erfolge in der gegenwärtigen schweren Zeit der Krise und Arbeitslosigkeit.

Wann werden sich die Bielitz-Bialaer Tischlergehilfen rühren?

Das deutsche Theater öffnet am 1. Oktober seine Pforten

Für den 1. Oktober ist der Beginn der diesjährigen Spielzeit festgesetzt worden. Als Direktor wurde wiederum Herr Hans Ziegler verpflichtet. Weiters werden folgende Kräfte an unserem Theater tätig sein: Die Damen: Ibolia Krall, Trude Ploy, Dora von Seifert, Ellen Garden, Hansi Kurz, Zita Landy, Kamilla Weber; die Herren: Banner, Brück, Pres[illegible], Habel, Kennedy, Lustig, Lagrange, Marten, Reissert, Soewy und König. Erster Kapellmeister H. Wolfsthal, zweiter Rudolf Neumann.

Im Spielplan sind folgende Stücke vorgesehen: „Peer Gynt" von Ibsen, „König Lehar" von Shakespare, „Der Traum ein Leben" von Grillparzer, „Der eingebildete Kranke" von Moliere, „Prinz Eugen von Savoyen" von Sassmann, „Hundert Tage" von Mussolini, „Die Mädchenjahre einer Königin" von Sil Vara, „Gastein" von Hirschfeld, „Essig und Oel", „Trafik Ihrer Exellenz", „Geld ist nicht alles". Operetten sollen folgende aufgeführt werden: „Bezauberndes Fräulein", „Orpheus in der Unterwelt", „Mamsell Nitouche", „Künstlerblut", „Ball im Savoy", „Viktoria und ihr Husar".

Ausgabe der Abonnementskarten für die Spielzeit 1933/34. Obwohl für die kommende Spielzeit noch eine Anzahl guter Abonnementsplätze an Wochentagen, wie auch Plätze nahezu aller Preislagen an Sonntagen erhältlich sind, somit das Abonnement noch nicht abgeschlossen wurde, begann doch die Ausfolgung der fertiggestellten Abonnementskarten bereits Freitag, den 1. September ab 9 Uhr vorm. in der Theaterkanzlei. Hierbei ist wie alljährlich die verbindliche Abonnementserklärung abzugeben und die erste Rate einzuzahlen.

Mitteilung der Redaktion: Für die Arbeiter gewährt die Theaterleitung eine bedeutende Ermässigung der Abonnementsplätze. Anmeldungen werden noch in der Redaktion entgegengenommen, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11. Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice